

## TRINKWASSERVERSORGUNG: ZURÜCK INS 19. JAHRHUNDERT

1. Die aktuellen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen ..... 30
2. Bessere Trinkwasserversorgung durch Privatisierung? Das Beispiel England ..... 33
3. Noch ein Argument: Betreten verboten – Gefahr für Naherholung und Tourismus ..... 37

Auszug aus WISO 4/2001

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Weingartshofstraße 10

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Rudolf Lehner**

**Mitarbeiter der  
Abteilung Wirtschaftspolitik der  
Kammer für Arbeiter  
und Angestellte für  
Oberösterreich**

## 1. Die aktuellen rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen

### 1.1. Der Ausverkauf von Wald und Trinkwasser hat bereits begonnen!

*Waldverkauf für das Nulldefizit*

Im Jahr 2000 wurden die österreichischen Bundesforste verpflichtet, drei Milliarden Schilling an die Republik Österreich bzw. an den Bundeshaushalt abzuführen. Dieser Verpflichtung können die Bundesforste naturgemäß nur durch die Veräußerung von Liegenschaften, vornehmlich natürlich Wald, nachkommen.

Auch wenn es manche energisch bestreiten: mit dem Verkauf wertvoller Grundstücke der Bundesforste wurde auch der Einstieg in den Ausverkauf unserer Trinkwasserreserven vollzogen!

Das ist einfach erklärt und lässt sich mit zwei Fakten begründen:

*Wasserquellen gehören Grundstücksbesitzer*

- Erstens ist es aufgrund der österreichischen Rechtslage so, dass (Trink-)Wasserquellen dem Besitzer des darüberliegenden Grundstückes gehören.
- Zweitens schlägt eine vom Landwirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie die Zusammenlegung der ca. 200 österreichischen Wasserversorger zu maximal 10 großen Unternehmen vor, die dann Zug um Zug privatisiert werden sollen.

Es ist mit Sicherheit kein Zufall, dass diese beiden Maßnahmen bzw. Pläne, nämlich der Verkauf von Bundesforste-Grundstücken, vornehmlich natürlich Wald, sowie die Reform und Privatisierung der Trinkwasserversorgung, zeitlich doch ziemlich eng zusammenfallen.

### 1.2. Der Verkauf von Bundesforste-Arealen bedeutet auch den Ausverkauf von Trinkwasserreserven

*auch wasserwirtschaftlich relevante Flächen werden verkauft*

Von jenen, die gerne in Abrede stellen, was mit der Trinkwasserversorgung in Österreich tatsächlich passieren soll, hören wir oft das Argument, die Gefahr der Privatisierung sei nicht

gegeben, weil wasserwirtschaftlich relevante Flächen nicht verkauft würden. Dieses Argument stimmt nicht. Das wurde gerade kürzlich in Oberösterreich eindrucksvoll bestätigt: Nach heftigen Protesten gegen den Verkauf der Bundesforste-Grundstücke wurde vom zuständigen Unterausschuss des OÖ Landtages die Untersuchung der zum Verkauf ausgeschriebenen Waldflächen hinsichtlich ihrer wasserwirtschaftlichen Bedeutung angeordnet. Diese Prüfung ist nun abgeschlossen und die Ergebnisse liegen vor:

- Unter 86 der 152 Flächen mit insgesamt 64 % der Gesamtfläche von 3.562 Hektar der in OÖ zum Verkauf vorgesehenen Flächen finde sich "kein ausreichendes Wasserdargebot".
- 3 Flächen liegen über einem ausreichenden Wasserreservoir, wären aber "hinsichtlich Wasserleitungsführung schwer erschließbar".
- 37 Flächen liegen über ausreichenden Wasserreserven, die auch gut erschließbar, aber "nach heutigem Stand des Wissens nur schwer zu schützen" seien.
- 19 Flächen besitzen ein ausreichendes Wasserdargebot, sind gut erschließbar und schützbar, hätten aber "aufgrund ihrer Streuung oder Lage keine regionale oder überregionale wasserwirtschaftliche Bedeutung" (z. B. wegen Lage in der Nähe von geeigneten Vorkommen oder in Gebieten, wo "kein Bedarf" besteht).
- 7 Flächen wurden als solche mit "hoher wasserwirtschaftlicher Bedeutung" eingestuft. Diese haben insgesamt 1.040 Hektar, das sind nicht ganz 30 % der in OÖ zum Verkauf vorgesehenen Waldflächen der Bundesforste.

Fazit: Alleine bei den 152 in Oberösterreich zum Verkauf angebotenen Bundesforste-Grundstücken liegen laut zitierter Untersuchung der Landesregierung unter 66 maßgebliche Trinkwasserreserven. Lediglich 7 davon sollen jedoch von der Verkaufsliste genommen werden. Mit dem mittlerweile begonnenen Verkauf von Österreichs schönsten Wald- und Gebirgsgebieten wird also sehr wohl bereits ein wichtiger

*gut 40 Prozent  
der Grundstücke  
mit maßgeblichen  
Trinkwasserreserven*

Grundstein für die Privatisierung der Wasserversorgung gelegt. Viele der derzeit noch immer zum Verkauf angebotenen Bundesforste-Areale werden sich als wahre "Filetstücke" erweisen.

### 1.3. "Zahnloses" Privatisierungsverbot

Ins Treffen geführt wird manchmal auch das – unabhängig von der Grundstücksfläche – existierende Verkaufsverbot für „Flächen mit strategischen Wasserressourcen“. Solche liegen nach Definition im Bundesforstgesetz dann vor, wenn „eine Nutzung im Rahmen der örtlichen und öffentlichen Trinkwasserversorgung mittel- oder langfristig anzunehmen ist“.

*riesiges  
Wasserschutz-  
gebiet beinahe  
verkauft*

Für jenes 2000 Hektar große Waldgebiet in der Steiermark (Hinterwildalpen), das an einen Schweizer Industriellen verkauft hätte werden sollen, hat man ein solches Verkaufsverbot bei den Bundesforsten offenbar nicht gesehen, nur weil es derzeit noch keine konkreten Pläne für eine Nutzung im angeführten Sinne gab! – Dies, obwohl man weiß, dass die Hinterwildalpen ein wesentliches Einzugsgebiet der Wiener Trinkwasserversorgung sind, und obwohl dieses Gebiet laut Verordnung des Umweltministeriums ein Wasserschutz- und -schongebiet ist.

Dass der Verkauf im letzten Moment vereitelt wurde, ist den Gewerkschaftern im Aufsichtsrat zu verdanken, die die Aufsichtsratsmitglieder letztlich überzeugen konnten, dem Verkauf die Zustimmung zu verweigern. Das hat die Hauptursache vermutlich letztlich in politischem Kalkül: Die Sache war offensichtlich manchen doch noch etwas "zu heiß".

### 1.4. Erforderliche politische "Feuerwehrmaßnahmen"

Ohne das Aufzeigen der Gefahr des Ausverkaufes unserer Trinkwasserreserven und die darauf aufbauenden Proteste wäre es zu dieser Untersuchung der OÖ Landesregierung und damit zur Forderung nach einem Verkaufsverbot für zumindest 7 Grundstücke gar nicht gekommen. Gerade diese Untersuchung lässt sich aber nun zur Untermauerung folgender

wichtiger und dringender Forderungen heranziehen:

- Der Verkauf von Bundesforste-Arealen ist generell abzulehnen und sofort zu stoppen. Der damit verbundene Ausverkauf des Trinkwassers ist nur eine, und zwar die gravierendste Folge. *sofortiger Stopp des Verkaufes von Bundesforste-Grundstücken erforderlich*  
Darüber hinaus gibt es aber auch noch andere Argumente, z. B. die negativen Folgen für den Tourismus, dem relevante Flächen zur Nutzung entzogen würden.
- Ein sofortiger Verkaufsstopp müsste zumindest für alle Grundstücke der Gruppen 2 bis 5 (66 Grundstücke) angeordnet werden, weil sich laut offizieller Untersuchung durch die OÖ Landesregierung unter allen diesen Grundstücken maßgebliche Trinkwasservorkommen befinden. Diese Vorgangsweise ist bundesweit erforderlich, die hierfür erforderlichen Untersuchungen sind in allen Bundesländern durchzuführen, in denen das noch nicht erfolgt ist. Bis zu diesem Zeitpunkt: absoluter Stopp des Verkaufes von Bundesforste-Arealen!

## **2. Bessere Trinkwasserversorgung durch Privatisierung? Das Beispiel England**

### **2.1. Das wichtigste Lebensmittel überhaupt**

Der Zugang zu sauberem Trinkwasser ist entscheidend für Leben und Gesundheit der Menschen. Daher dürfen die Reinigung, die Hygiene oder die Leitungsinstandhaltung auf keinen Fall vernachlässigt werden.

Das Grundrecht auf Leben setzt auch das Grundrecht auf Wasser voraus. Wer zulässt, dass mit Wasser billiger Profit gemacht wird, der spekuliert mit dem Leben!

*Grundrecht auf Wasser*

## 2.2. Wasser für alle statt saftige Gewinne für einige wenige

*Monopol  
gefährdet  
Qualität*

Natürlich wäre die Wasserversorgung ein lukratives Geschäft, vor allem in den städtischen Zentren! Saftige Gewinne für einige wenige wären garantiert, denn die Wasserversorgung ist ein natürliches Monopol. Es wäre aber naiv, infolge von Privatisierungen einen funktionierenden Wettbewerb mit sinkenden Preisen bei gleicher Qualität zu erwarten.

*politisch-  
demokratische  
Kontrollfunktion  
in Gefahr*

Viel entscheidender bei einem für das Leben und die Gesundheit der Menschen so wichtigen natürlichen Monopol ist die politisch-demokratische Kontrolle. Diese ist die wichtigste Grundvoraussetzung für verträgliche Tarife und eine hohe Trinkwasserqualität. Eine Privatisierung der Trinkwasserversorgung würde einen weitgehenden Verlust der Kontroll- und Gestaltungsmöglichkeiten der Gemeinden bedeuten.

Diese politisch-demokratische Kontrollfunktion ist auf der Ebene von Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden bestens aufgehoben: Politisch Verantwortliche müssten bei der nächsten Wahl sofort mit Konsequenzen rechnen, wenn sie die Qualität der Trinkwasserversorgung vernachlässigt oder wenn sie die Monopolstellung für ungerechtfertigte Preiserhöhungen missbraucht. Das muss auch so bleiben!

## 2.3. Folgen der Privatisierung der Wasserversorgung in England

1989 wurden die 10 britischen Wasserversorger privatisiert. Nur wenige Jahre später konnte jeder den "Erfolg" sehen, die meisten auch am eigenen Leib verspüren. Das waren die wesentlichen Folgen:

*Wasserqualität  
gesunken, Preise  
gestiegen*

- Fast eine Verdoppelung der Wasserpreise.
- Zusammenbruch der gesamten Wasserversorgung in der Grafschaft Yorkshire während der Dürreperiode 1995.
- Vernachlässigung der Wartung und Reparatur des Leitungsnetzes und als weitere Folge zugefrorene Rohre bei größerer Kälte und extreme Wasserverluste durch undichte

Rohre (Leitungsverluste bis zu 25 %!).

- 1994 waren 2 Millionen Menschen mit ihren Wasserrechnungen in Verzug.
- Alleine 1994 wurde 12.500 Personen das Wasser abgestellt!

Für gewisse Gruppen aber war die Privatisierung natürlich erfolgreich, wie folgende Zahlen beweisen (Zeitraum 1989 bis 1994):

- Umsätze von 3 Milliarden auf fast 6 Milliarden Pfund pro Jahr verdoppelt.
- Gewinne um 150 % auf 1,6 Milliarden Pfund pro Jahr gestiegen.
- Die Direktoren- und Managergehälter stiegen um das Viereinhalbfache.

*Gewinne und  
Managergehälter  
explodieren*

#### **2.4. Keine Geschäftemacherei mit dem Trinkwasser!**

Sogar die angesehene britische Finanzzeitung Financial Times bezeichnete 1995 die Privatisierung unter anderem als "Raubzug", "legalisierten Überfall", "Schwindel" und "Piraterie". Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen, außer dass die Geschäftemacherei mit lebensnotwendigem Trinkwasser neben dem finanziellen Schaden für die große Mehrheit der Konsumenten auch noch die Gesundheit von Millionen Menschen gefährden würde.

*kein Spiel mit  
der Gesundheit  
von Menschen*

Niemand wird sich dagegen sträuben, im Bereich der Wasserwirtschaft Reformen im Sinne von Änderungen und Anpassungen an geänderte Verhältnisse oder neue Erkenntnisse durchzuführen. Dabei muss aber der Fehler vermieden werden, zum Schaden aller "das Kind mit dem Bade auszuschütten". Der beste Weg, vorhandene Sparpotenziale zu nützen, ist die Zusammenlegung von Kleinbetrieben der Wasserver- und -entsorgung zu regionalen Verbänden. Dieser Weg wurde in den letzten Jahren bzw. Jahrzehnten von vielen Gemeinden auch erfolgreich beschritten.

*Regionalverbände  
als der bessere  
Weg*

*Privatisierung  
von Trinkwasser  
wäre irreversibel*

Die vorhandenen Pläne und Absichten, die Trinkwasserversorgung zu privatisieren, werden derzeit aus taktischen Gründen natürlich noch sehr verniedlicht, zum Teil sogar in Abrede gestellt. Gerade darum ist rechtzeitiger und breit angelegter Widerstand erforderlich, um zu verhindern, dass sich einige wenige Wirtschaftsmagnaten nach den Herzstücken der (ehemals) öffentlichen österreichischen Industrie auch noch die Versorgung mit Trinkwasser "unter den Nagel reißen". Noch viel zu wenig Bewusstsein besteht im Übrigen hinsichtlich folgendem Faktum: Ein solcher Vorgang wäre, wie man aus Erfahrung weiß, praktisch unwiderruflich!

*Bayern: klares  
Bekenntnis zu  
öffentlicher  
Wasserversorgung*

Es gilt daher, aus den negativen und leidvollen Erfahrungen anderer mit privatisierten Wasserversorgungssystemen zu lernen, anstatt deren Fehler nachzumachen. Besonders das englische Beispiel, aber auch die Erfahrungen in Frankreich sind auf gar keinen Fall geeignet, in der Wasserwirtschaft Privatisierungsschritte als empfehlenswert einzustufen. Ganz im Gegenteil verdeutlichen sie, dass die Trinkwasserversorgung eine Aufgabe der öffentlichen Hand ist und auch bleiben muss. Zu diesem Beschluss kam sogar der Bayerische Landtag in seiner Sitzung am 13. Dezember 2000 und führte dabei neben vielen anderen Argumenten das Recht der Bürger auf die unmittelbare demokratische Einflussnahme auf die Qualität des angebotenen Wassers an.

Was in Bayern als Einsicht möglich ist, sollte auch in Österreich als Erkenntnis der politischen Entscheidungsträger "machbar" sein. Wenn es anders nicht geht, dann ist alles daran zu setzen, auch bzw. gerade in dieser Frage eine Volksabstimmung zu erzwingen!

### **2.5. Wassersparen als alternatives Geschäftsfeld für die Industrie**

*attraktive  
Alternativen für  
die Industrie*

Die Industrie soll nicht versuchen, die Wasserversorgung zu übernehmen, sondern sich anstelle dessen verstärkt des Industriezweiges Wassersparen und -aufbereitung als Betätigungsfeld annehmen.



Hier gibt es viele technologisch anspruchsvolle Möglichkeiten, die gleichzeitig einer guten Versorgung mit qualitativem Trinkwasser, dem Umweltschutz und der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze dienen. Unter anderem lässt sich folgendermaßen gutes Geld verdienen, ohne dass dadurch das Grundrecht der Bevölkerung auf Versorgung mit ausreichend qualitativem Trinkwasser gefährdet wird:

- Leitungsbau und -reparatur
- Trennung Nutz- und Trinkwasser
- erweiterte Nutzung von Regenwasser
- Wiederaufbereitungsanlagen

### **3. Noch ein Argument: Betreten verboten – Gefahr für Naherholung und Tourismus**

Im Falle der Veräußerung von Forstflächen oder anderen Bundesforste-Liegenschaften ist der freie Zugang der Bevölkerung zu diesen Flächen in Gefahr.

Abgesehen davon, dass damit beliebte Wanderziele, die besonders auch von Familien frequentiert werden, als Erholungsräume wegfallen könnten, hat dieser Aspekt auch eine enorme touristische Bedeutung. Der freie Zugang zu diesen Liegenschaften ist Grundvoraussetzung für die Ausübung der im österreichischen Tourismus wichtigsten Aktivität, des Wanderns.

*Wandern  
verboten?*

**Quellen:**

- Der Standard, 17. Jänner 2001
- OÖ Kronenzeitung, 5. November 2000
- Der Standard, 10. November 2000
- Pils, Manfred: "Thesen zur Wasserpolitik"
- Der Standard, 3. August 2001
- Presseunterlage zum Thema "Kein Verkauf der 7 wasserwirtschaftlich relevanten Grundstücke durch die Bundesforste", Pressekonferenz mit Wasserlandesrat Dr. Hans Achatz
- OÖ Nachrichten, 4. Mai 2001
- "Privatisierung der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung?", Arbeitskreis Wasser im BUND (Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland) im Juli 1995; Bearbeitung: Kurt Eggeling, Dr. Ralf Köhler, Jens Krause, Hermann-Josef Low, Walter Pfeifer, Wilhelm Rühl, Dr. Heinz Schlapkohl, Sebastian Schönauer (Sprecher)
- Der Standard, 11. August 2001
- OÖ Nachrichten, 25. Mai 2001
- OÖ Nachrichten, 12. März 2001
- Wiener Zeitung, 3. Mai 2001
- Der Standard, 9. Feber 2001
- Wirtschaftsblatt, 2. Feber 2001
- OÖ Nachrichten, 6. April 2001
- Kurier, 2. August 2001
- profil, 15. Oktober 2001
- Nees, Verena: "Fallbeispiel: Privatisierung der Wasserversorgung in England"  
in: "gleichheit", 27. November 1997
- Kurier, 30. Juli 2001
- BUNDaktuell, 26. Jänner 2001, herausgegeben vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND)
- "Soll Bayerns Wasserversorgung liberalisiert werden?"  
in: [www.umweltministerium.bayern.de](http://www.umweltministerium.bayern.de), 11. Juli 2001
- OÖ Kronenzeitung, 10. September 2001
- Salzburger Nachrichten, 18. Juli 2001
- OÖN, Tourismus Nachrichten, 18. Juni 2001
- OÖ Kronenzeitung, 21. Mai 2001

- Kurier, 17. Juli 2001
- OÖ Kronenzeitung, 17. Juli 2001
- "Der Funke fliegt – Massenproteste gegen Privatisierung der Wasserversorgung in Bolivien"  
in: [www.derfunke.at](http://www.derfunke.at), 11. Juli 2001
- "Wasser: Flüssiges Gold des 21. Jahrhunderts"  
in: [www.derstandard.at](http://www.derstandard.at), 7. September 2001
- Handelsblatt, 18. September 2001
- Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesforstgesetz 1996 geändert wird (Bundesforstgesetzes-Novelle), September 2000
- Stellungnahme der AK OÖ zur Novelle des Bundesforstgesetzes im September 2000

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Weingartshofstr. 10, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@ak-ooe.at](mailto:wiso@ak-ooe.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)